

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/121

Bad Godesberg, den 29. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>"Vorurteile versperrern die Sicht"</u> Zum Auftakt der Diskussion über eine Notstandsverfassung	40
2	<u>Neue Wege im Kampf gegen den Verkehrstod</u> Leser will mehr Verkehrsunterricht an den Schulen	22
2	<u>Parteiengesetz</u> Eine längst fällige Entscheidung	21
3	<u>Für Frauen von morgen</u> 23 674 Teilnehmerinnen bei den Mädchenbildungsseminaren der Arbeiterwohlfahrt	43
4 - 5	<u>Großbritanniens Beitritt zur EWG</u> Ein Gesetz geschichtlicher Logik	73
6	<u>Warten auf Kossygin</u> Neue Etappe der französischen Außenpolitik ? Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	38

* * *

"Vorurteile versperren die Sicht"

Zum Auftakt der Diskussion über eine Notstandsverfassung

- * "Wechselseitige Anschuldigungen blockieren den Weg zur *
* Verständigung. Vorurteile versperren die Sicht." *

- * Herbert Wehner, Bundesminister für Gesamtdeut- *
* sche Fragen, stellvertretender Vorsitzender der SPD. *

* * *

sp - Diese Bemerkung Herbert Wehners wurde in einer Diskussion der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zur Vorbereitung der ersten Lesung des Entwurfes für eine Notstandsverfassung mit starkem Beifall bedacht. Sie trifft genau das, worauf es jetzt sowohl im Bundestag als auch bei den zu erwartenden Diskussionen in der Öffentlichkeit ankommt.

Es ist hier nicht der Ort, um die einzelnen Argumente und Gegenargumente für oder wider eine Notstandsgesetzgebung darzustellen. Der demokratische Staat muß auch in Zeiten der Not und Bedrängnis dafür sorgen, daß seine Substanz gesichert bleibt. Aber diesen Grundsatz dürfte es bei aufrichtigen Demokraten kaum eine Meinungsverschiedenheit geben. Wie man das Ziel erreicht - darüber muß diskutiert werden; in aller Offenheit und öffentlich, ohne Voreingenommenheit gegenüber einem Argument, das in dieser Diskussion vorgebracht wird.

Die jetzige Bundesregierung will nicht die Fehler ihrer Vorgänger wiederholen. Sie wünscht in der Diskussion über eine Notstandsverfassung weder Dunkelkammern noch eine irgendwie geartete Geheimnistuerei. Wenn es hier und dort noch politische Kräfte geben sollte, die Entscheidungen anstreben, welche nicht öffentlich diskutiert werden können, dann müssen sie mit dem demokratischen Selbstbewußtsein des größten Teils unserer Bevölkerung rechnen, der wissen will, wohin die Reise geht.

Deswegen ist das Wort Wehners beachtenswert. Wenn durch frühere Fehler Emotionen entstanden sind, deren Berechtigung nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden kann, wird es jetzt darauf ankommen, in einer auf allen Ebenen geführten öffentlichen Diskussion zu sachlich begründeten Einsichten zu gelangen. In dieser Diskussion sind Vorurteile unangebracht und wechselseitige Anschuldigungen würden tatsächlich den Weg zur Verständigung blockieren.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist sich bewußt, daß ihre bereits auf mehreren SPD-Parteitagen entwickelten Vorstellungen zum Schutz der Demokratie und damit der Freiheit des Bürgers in Notzeiten in dem nunmehr zu beratenden Gesetz ihren Niederschlag finden müssen - ohne wechselseitige Anschuldigungen und ohne Vorurteile.

Neue Wege im Kampf gegen den Verkehrstod

Leber will mehr Verkehrsunterricht an den Schulen

sp - Bundesverkehrsminister Georg Leber hat sich dieser Tage mehrmals für den Verkehrsunterricht als Pflichtfach an den Schulen ausgesprochen. In nächster Zeit will der Minister den Kultusministern der Länder seine Vorstellungen dazu erläutern. Im Rahmen des Sozialkundeunterrichts könnten nach Meinung Lebers bereits jetzt alle mit den Straßenverkehr zusammenhängenden Probleme regelmäßig besprochen werden. Der Minister ist der Ansicht, daß die Schule den Menschen auf das Leben vorzubereiten habe; dazu gehöre heute auch, daß junge Menschen die Technik und Maschinen kennen und beherrschen lernen. Im Verkehrsunterricht - vor allem zunächst in Ober- und Berufsschulen - sollten theoretisches Wissen, praktisches Fahren und die einfache Pannenhilfe gelehrt werden.

Die Beispiele Frankfurter Schulen, die einen Pkw zu Übungszwecken zur Verfügung haben, stellte der Bundesverkehrsminister als Vorbild hin. Darüber hinaus sollte aber auch in den Volksschulen mit dem einfacheren Verkehrsunterricht begonnen werden.

Leber appellierte an die Jugend, gemeinsam mit ihm den Kampf gegen den Unfalldod aufzunehmen. Die erschreckende Zahl von jährlich 16 000 Verkehrstoten könnte verringert werden, wenn jeder am Straßenverkehr Beteiligte sich "gentlemanlike" benehme. Der Minister hofft, in der jungen Generation Verbündete bei seinen Bemühungen im Kampf gegen den Verkehrstod zu finden.

+ + +

Parteiengesetz

Eine längst fällige Entscheidung

sp - Das längst überfällige Ausführungsgesetz zu Artikel 21 des Grundgesetzes (Parteiengesetz) ist nun vom Bundestag verabschiedet worden. 18 Jahre hat es gedauert, bis sich eine überzeugende Mehrheit für dieses Gesetz fand. Die früheren Regierungsparteien (CDU/CSU und FDP) konnten sich nie zu einer gemeinsamen Auffassung durchringen, trotzdem sie in jeder Legislaturperiode von der SPD dazu gedrängt worden waren. Das jetzt verabschiedete Gesetz entspricht in seiner wesentlichen Grundzügen jenen Vorstellungen, die in der SPD schon seit Jahrzehnten als Grundgesetz der innerparteilichen Demokratie gelten. Für die Sozialdemokratie ist es - um nur ein Beispiel zu nennen - nichts Neues, wenn nunmehr von den Parteien verlangt wird, daß sie ihre Finanzgebahrung vor aller Öffentlichkeit darlegen. Das hat die SPD seit jeher in ihren vor den ordentlichen Parteitag herausgegebenen Jahrbüchern getan. Auch die im Parteiengesetz verankerten Bestimmungen für die innerparteiliche Demokratie sind für die SPD nichts Neues. Die Statuten der Sozialdemokratie weisen aus, daß seit jeher in dieser Partei nach diesen Grundsätzen verfahren wurde. Für die anderen Parteien in der Bundesrepublik wird es nun in der Praxis darauf ankommen, entsprechend dem Parteiengesetz organisatorische und finanzpolitische Änderungen im Verhältnis zu ihren bisherigen Gepflogenheiten vorzunehmen. Die CDU hat dies bereits auf ihrem letzten Parteitag in Braunschweig zum Teil getan.

+ + +

Für Frauen von morgen

23 674 Teilnehmerinnen bei den Mädchenbildungsseminaren
der Arbeiterwohlfahrt

AWO - Bei den 1 008 Mädchenbildungsseminaren der Arbeiterwohlfahrt, die in der Zeit von 1957 bis 1966 stattfanden, wurden insgesamt 23 674 Teilnehmerinnen registriert. Dies geht aus einer Statistik hervor, die soeben vom Referat Familienpädagogik beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt erstellt wurde.

Junge Mädchen müssen sich auf die Anforderungen, die später in Familie und Berufsleben, von der Gesellschaft und vom Staat an sie gestellt werden, gründlich vorbereiten. Für diese Vorbereitungen brauchen sie eine Hilfestellung, die ihnen von der Familie und der Schule nur zum Teil gegeben werden kann - aus Gründen, die in der Struktur unserer Gesellschaft liegen und auf die im einzelnen einzugehen hier zu weit führen würde.

Daher wurden 1957 von den Jugend- und Wohlfahrtsverbänden in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie und Jugend Bildungsseminare eingerichtet. Sie sind für Mädchen gedacht, die vor der Schulentlassung oder schon im Berufsleben stehen, und können aus dem Bundesjugendplan Zuschüsse bekommen. Ziel dieser Seminare ist es,

- * jungen Mädchen zur Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit zu verhelfen;
- * ihre Aufgeschlossenheit für die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers zu wecken;
- * die gesundheitliche und ethische Entwicklung der Mädchen zu fördern;
- * ihre musischen und schöpferischen Kräfte anzuregen;
- * den Eintritt in die Arbeits- und Berufswelt vorzubereiten, oder, wenn dieser Eintritt schon vollzogen ist,
- * das Verständnis für die Eigengesetzlichkeit des Berufslebens zu fördern und zu vertiefen.

Die Programme dieser Mädchenbildungsseminare setzen sich zusammen aus Kursen, in denen staatsbürgerliche, berufliche, hauswirtschaftliche, familiäre und frauliche Probleme erörtert werden.

Aus kleinen Anfängen hat sich die Mädchenbildungsarbeit der Arbeiterwohlfahrt zu ihrer heutigen Breite entwickelt: Im Anfangsjahr 1957 kamen 19 Kurse zustande, schon im nächsten Jahr hatte sich diese Zahl verdoppelt (38), im darauffolgenden Jahr fast vervierfacht (75). An den 140 Kursen des Jahres 1966 nahmen 23 674 junge Mädchen teil.

1957 hatten auf Anregung des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt vier Bezirks- bzw. Kreisverbände die Mädchenbildungsarbeit aufgegriffen. Im Jahre 1966 fanden in 16 Bezirks- bzw. Kreisverbänden Mädchenbildungsseminare statt. Die größte Zahl konnte der Bezirksverband Weser-Ems melden, der seit 1957 an der Mädchenbildungsarbeit beteiligt ist. Inzwischen haben im Weser-Ems-Land insgesamt 386 Mädchenbildungsseminare der Arbeiterwohlfahrt stattgefunden.

Großbritanniens Beitritt zur EWG

Ein Gesetz geschichtlicher Logik

- * Durch die Ereignisse im Vorderen Orient ist die Begegnung zwischen
- * Wilson und de Gaulle, die kürzlich im Trianon stattfand, zu Unrecht
- * in den Hintergrund getreten. Wir veröffentlichen daher eine engli-
- * sche Stimme, die zu dem Ereignis Stellung bezieht und ohne Zweifel
- * die offizielle britische Haltung zum beabsichtigten EWG-Beitritt
- * darstellt.

Die Redaktion

* * *

Die Ohnmacht eines politisch uneinigen Westeuropas in einer Welt-
krise könnte durch nichts deutlicher dargelegt werden als durch die tra-
gischen Nahost-Ereignisse. Westeuropa - keineswegs nur Großbritannien -
kann sein Gewicht nur dann in die Waagschale werfen, seine Stimme wird
nur dann Gehör finden, wenn es eine gemeinsame politische Linie vertritt.
Weder Großbritannien noch Frankreich noch die anderen kontinentalen Län-
der können jedes für sich allein etwas ausrichten. Selbst die EWG, wenn
sie in solchen Krisen eine gemeinsame Politik hätte, was nicht der Fall
ist, könnte ohne das zusätzliche Gewicht Großbritanniens in entschei-
den Entwicklungen keinen maßgebenden Einfluß zur Geltung bringen, auch
wenn wichtige Interessen der Einzelländer direkt betroffen sind.

Damit soll nicht gesagt werden, daß ein geeintes Westeuropa mit
einer abgestimmten Politik direkt in die Nahost-Krise hätte eingreifen
sollen. Abstand nehmen, nicht Partei ergreifen war, wie die Dinge ver-
liefen, die richtige Haltung. Nur der schnelle israelische Sieg hat wahr-
scheinlich eine Eskalation und direkte Konfrontierung zwischen den bei-
den Weltmächten verhütet. Hätten die Araber das kleine Israel erdrückt,
wer weiß, welche Entwicklungen eingetreten wären. In diesem Fall hätte
ein uneiniges Westeuropa erschreckt und ohnmächtig dagestanden.

Das ist eine bedrückende Erwägung, die den Hintergrund zu den Be-
sprechungen zwischen dem britischen Premierminister und dem französi-
schen Staatspräsidenten im Trianon bildet. Man mag einwenden, die fran-
zösische Diplomatie sei in der Nahost-Krise eigentlich sehr gut gefahren
und die Lehre für Europa bestehe darin, sich nur um seine eigenen Angele-
genheiten zu kümmern. Eine europäische Art der "aplenaid isolation" also,
die man früher so oft Großbritannien zum Vorwurf gemacht hat? In der heu-
tigen Welt ist es weder für ein einzelnes Land noch für einen halben Kon-
tinent möglich, in einem Schneckenhaus zu leben. Wenn Europa glaubt,
sich von der Welt abkapseln zu können, dann werden die Weltgeschehnisse
eines Tages Europa heimsuchen. In einer gefahrenvollen Zeit einen ge-

gemeinsamen klaren europäischen Kurs finden und, wenn es ihn gefunden hat, zu steuern. Das sind die Erwägungen, die dem britischen Premierminister und dem Außenminister vorschwebten, wenn sie betonen, daß Großbritanniens Beitritt zur EWG politisch mindestens ebenso wichtig ist wie wirtschaftlich. In vielen Weltfragen, so erklärte Wilson vor dem Unterhaus, ergab sich, daß die britische und die französische Auffassung einander viel näher waren, als es vor Beginn des Gesprächs schien. Dies ist unzweifelhaft in jeder Hinsicht ein Aktivposten, wenn auch seine Größenordnung schwer zu definieren sein dürfte.

Was Großbritanniens Antrag zur Aufnahme in die EWG betrifft, ist in der Haltung de Gaulles offenbar keine - oder keine nennenswerte - Änderung zu verzeichnen. Die vielen echten und vermeintlichen Schwierigkeiten, die de Gaulle in seiner Pressekonferenz vom 16. Mai aufgezählt und ausgemalt hatte, sind hinreichend bekannt. Die britische Regierung hat in Dutzenden von Erklärungen dargelegt, daß alle bestehenden Schwierigkeiten gelöst werden können. Wie, das wird sich in den Verhandlungen zeigen. Worauf es also ankommt, ist, die Verhandlungen zu eröffnen. Dann kann der Weg zur Lösung gebahnt werden. Staatspräsident de Gaulles "größte Sorge" bestehe, wie Wilson erklärte, darin, daß "in der Struktur des Gemeinsamen Marktes eine Änderung eintreten würde, wenn eine Anzahl neuer Länder beitreten sollte". Dieses Problem ist genauso alt wie der Vertrag von Rom. Artikel 237 sieht bekanntlich ausdrücklich vor, daß jeder europäische Staat beitreten kann. Voraussetzung ist, daß der Kandidat die Vertragsverpflichtung übernimmt. Großbritannien hat erklärt, daß es nicht nur den Vertrag akzeptiert, sondern ehrlichen Herzens die Gemeinschaft mit ihren Institutionen und Verfahren akzeptiert.

Als Wilson im Unterhaus gefragt wurde, wie er die Beitrittschancen beurteile, äußerte er sich weiterhin zuversichtlich. Die Meinungsverschiedenheiten beständen jedoch über das Tempo. Das könnte, nach Pariser Propagandaquellen zu schließen, vom französischen Gesichtspunkt aus am besten ein Schnecken tempo sein. Kein Veto - gut. De Gaulle selbst hat erklärt, die Sechs müßten zusammen eine gemeinsame Auffassung finden, worin er anerkannt hat, daß Frankreich nicht ein Alleinbestimmungsrecht für die Gemeinschaft ausüben soll. Und das ist eine entscheidende Tatsache, die alle Beobachter festhalten müssen.

Was Großbritannien betrifft, so wird es, wie Wilson dem Unterhaus erneut versicherte, ein "Nein" nicht als Antwort akzeptieren.

Warten auf Kossygin

Neue Etappe der französischen Außenpolitik ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin kommt am 1. Juli zum zweiten Male seit vierzehn Tagen nach Paris, um mit General de Gaulle zu konferieren. Zuletzt war es auf dem Wege von Moskau zur UNO-Vollversammlung. Diesmal wird er den französischen Präsidenten über das amerikanisch-sowjetische Gespräch mit sieben Tagen Verspätung berichten. Der Herr des Elysee mußte somit eine ganze Woche warten, ehe er "aus erster Hand" über eine Konferenz unterrichtet wird, an der er von vornherein selbst teilnehmen wollte. Der französische Vorschlag einer Vier-Mächte-Konferenz wurde sowohl von Washington als auch von Moskau abgelehnt.

Erst Fidel Castro

Die französische Diplomatie stand in der Weltarena selten so tief im Kurs wie gerade in diesen Tagen. Besonders kränkend muß es für de Gaulle gewesen sein, daß Kossygin nach seinem Gespräch mit Johnson einen Tag lang schwankte, ob er nun auf seiner Heimreise zuerst nach Paris oder nach Havanna fliegen sollte und sich dann doch entschloß, zunächst einmal noch mehrere Tage in Kuba zu verbringen.

Vorkämpfer der "Enterbten"?

Frankreichs politisches Spiel zwischen den Supermächten scheint nun bis auf weiteres erschöpft zu sein. De Gaulles demonstrative Erklärung gegen die Vereinigten Staaten, ausgerechnet in einem Augenblick, in welchem Johnson und Kossygin zögernde Verständigungsversuche zur Lösung des Nahost-Konflikts unternahmen, ist ein wichtiger Markstein in der Entwicklung der ganzen französischen Außenpolitik; ein weiterer Schritt weg von Washington und eine wesentliche Annäherung an sowjetische aber auch chinesische Auffassungen in fernöstlichen und nahöstlichen Fragen.

Zugleich protestierte der General-Präsident in seinen Gesprächen mit derzeit in Paris weilenden Staatsrämmern, insbesondere mit dem türkischen Staatspräsidenten Sunay und mit dem rumänischen Außenminister Maurer - ausdrücklich gegen die "herrschsüchtigen und entgegengesetzten Ambitionen Washingtons, Moskaus und Pekings". Das ist ein hochinteressanter neuer Ton. De Gaulle versucht sich immer mehr als Vorkämpfer der "Enterbten" aufzuspielen. Nicht zuletzt ist das auch ein erster diplomatischer "Vergeltungsschlag" gegen die amerikanisch-sowjetische Ausschaltung jeder französischen Mitsprache. In dieser Atmosphäre wartet man im Elysee auf Kossygin.